

Sitzungsniederschrift

6. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

Sitzungsort: Kreisvolkshochschule Aurich, Oldersumer Straße 65 - 73, Raum 101, 26605 Aurich		
Sitzungsdatum: 05.09.2022	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 16:51Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion / Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Kleinert, Ingeborg	SPD	
Mitglieder		
Albers, Angelika	GRÜNE	
Behrends, Kuno	SPD	
Gerdes, Hilko	CDU/FDP	
Gerpen, Dorothea van	SPD	
Gossel, Arnold	CDU/FDP	Vertreter für Herrn Bargmann
Ihmels, Beate	SPD	
Krüger, Detlev	FW im Landkreis Aurich	
Meyerholz, Hans-Gerd	FW im Landkreis Aurich	
Saathoff, Georg	SPD	
Tjaden, Hinrich	CDU/FDP	
Weilage, Udo	CDU/FDP	
Wimberg, Theo	SPD	
Verwaltung		
Epple, Andreas		
Eppmann, Claus		
Puchert, Dr. Frank		Erster Kreisrat
Willers, Folkmar		

Nicht anwesend:

Mitglieder

Bargmann, Bodo CDU/FDP

Grundmandat

Tyedmers, Johannes AfD

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
 3. Feststellung der Tagesordnung
 4. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 07.07.2022 - öffentlicher Teil -
 5. Einwohnerfragestunde
 6. Sachstand zur Corona-Pandemie
 7. Vorstellung neuer Zertifizierungen der Krankenhäuser
 8. Bericht zur Standortentwicklung der Krankenhäuser
 9. Verschiedenes, Wünsche und Anregungen
 10. Einwohnerfragestunde
 11. Schließung der Sitzung
-

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die **Vorsitzende Kleinert** eröffnet die 6. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Pflege. Sie begrüßt alle Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die **Vorsitzende** stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen festgestellt.

**TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 07.07.2022 -
öffentlicher Teil -**

Die Niederschrift über die Sitzung vom 07.07.2022 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 11 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 2

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

TOP 6 Sachstand zur Corona-Pandemie

Frau Kleinert übergibt das Wort für einen Bericht zur Corona-Pandemie an den Verwaltungsleiter des Gesundheitsamtes, **Herrn Willers**.

Herr Willers gibt anhand einer Präsentation (Anlage 1) einen aktuellen Sachstand über die derzeitige Situation der Corona-Pandemie.

Die Vorsitzende bedankt sich für den Bericht und übergibt das Wort an die **Abgeordnete Albers**.

Abgeordnete Albers erkundigt sich nach dem Sachstand im Rahmen der einrichtungsbezogenen Impfpflicht im Landkreis Aurich.

Herr Willers erläutert, dass das Verwaltungsverfahren aufgrund einer Entscheidung des OLG Hannovers angepasst werden musste. Bei betroffenen MitarbeiterInnen entsprechender Einrichtungen, die nach Aufforderung durch das Gesundheitsamt keinen entsprechenden Nachweis nach § 20a Infektionsschutzgesetz (IfSG) vorgelegt haben, wurde ein Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet. Darüber hinaus wird durch das Gesundheitsamt die Anordnung eines evtl. Betretungs- oder Tätigkeitsverbotes geprüft. Zudem gilt seit dem 01.08.2022 die Nachweispflicht nach dem Masernschutzgesetz, die ebenfalls durch das Gesundheitsamt bearbeitet wird.

Abgeordneter Wimberg bittet um eine Erklärung, warum auf der Homepage des Landkreises Aurich nicht mehr der tägliche Wert der 7-Tage-Inzidenz der COVID-19-Fälle angegeben wird

Erster Kreisrat Dr. Puchert erläutert, dass dieser Wert tagesaktuell auf dem COVID-19-Dashboard des RKI abrufbar ist. Dieses wurde auf der Homepage des Landkreises Aurich verlinkt.



Abgeordnete van Gerpen erkundigt sich, ob es Daten zu Long-COVID-Fällen im Landkreis Aurich gibt.

Herr Willers erklärt, dass der Landkreis Aurich keine entsprechenden Daten erheben kann, da dieses den Bereich der niedergelassenen MedizinerInnen betrifft. Entsprechende Daten könnten der Kassenärztlichen Vereinigung (KVN) vorliegen.

Abgeordneter Meyerholz erkundigt sich, ob es Daten zum Impfstatus der Bevölkerung gibt.

Herr Willers berichtet, dass personenbezogene Daten zu den durchgeführten Impfungen des mobilen Impfteams existieren. Die Daten des vorherigen Impfzentrums wurden an das Land Niedersachsen übergeben. Dennoch stellen diese Daten kein vollständiges Gesamtbild dar, da die durchgeführten Impfungen der niedergelassenen MedizinerInnen oder der BetriebsmedizinerInnen fehlen.

Abgeordneter Gossel bittet um Auskunft darüber, ob eine Impfung in der Niederlassung des mobilen Impfteams am Standort Schirum jederzeit und ohne Anmeldung möglich ist.

Herr Willers erklärt, dass eine Impfung am Standort jederzeit zu den Öffnungszeiten möglich ist. Genaue Informationen sind auf der Homepage des Landkreises Aurich zu finden.

Abgeordnete Ihmels fragt, ob eine Stagnation bei der Impfnachfrage festgestellt werden kann.

Herr Willers berichtet, dass die Stagnation festgestellt wird. Ein positiver Effekt wird durch die anstehende Anschaffung des angepassten Impfstoffes erhofft. Die Bestellung ist seit dem 01.09.2022 möglich. Der Landkreis Aurich wird die erste Lieferung ab dem 12.09.2022 erhalten.

Abgeordneter Gossel bitte um Auskunft über die Zukunft der Impfzentren.

Erster Kreisrat Dr. Puchert erläutert, dass nach der Schließung des Impfzentrums in Georgsheil und beim EEZ in Aurich lediglich mobile Impfteams (MIT) vorgehalten werden. Diese sollen zunächst bis zum 31.12.2022 in ihrer bisherigen Form fortbestehen.

Abgeordneter Gossel fragt, ob die Aufgabe der Impfungen nicht vollständig von den niedergelassenen MedizinerInnen übernommen werden kann.

Herr Willers verdeutlicht, dass die niedergelassenen MedizinerInnen durchaus eine Vielzahl an Impfungen durchführt haben oder noch immer durchführen. Die mobilen Impfteams des Gesundheitsamtes unterstützen die niedergelassenen MedizinerInnen in ihrer Arbeit und werden dort tätig, wo besonderer Bedarf ist. So finden niederschwellige Impfkationen in den Städten und Gemeinden des Kreisgebietes, z.B. auf den regionalen Wochenmärkten statt.

Frau Kleinert bedankt sich bei Herrn Willers für die Beantwortung der Fragen.

TOP 7 Vorstellung neuer Zertifizierungen der Krankenhäuser

Die Vorsitzende begrüßt **Herrn Eppmann**, Sprecher der Geschäftsführung der Trägergesellschaft Kliniken Aurich-Emden-Norden und übergibt das Wort.

Herr Eppmann, stellt anhand eine Präsentation (Anlage 2, 1. Foliensatz) den Stand der Zertifizierung der Krankenhäuser Aurich, Emden und Norden da. Herr Eppmann verdeutlicht zu Beginn seiner Präsentation, dass an allen drei Standorten Spitzenleistungen abgeliefert werden und spricht den Wunsch aus, dass dieses in den Fokus gelangt. Die Sicherstellung der Abläufe und Prozesse unter Einfluss der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie und dem anhaltenden Fachkräftemangel stellen die Klinikstandorte vor große Herausforderungen. Mit Blick auf den Herbst und auf weiter steigende Corona-Infektionen ist nicht auszuschließen, dass elektive Eingriffe erneut heruntergefahren werden müssen, um die Versorgungssicherheit an den Standorten zu gewährleisten.

Ausschussvorsitzende Kleinert verdeutlicht, dass hinter der qualitativ hochwertigen Arbeit der Klinikstandorte Menschen stehen, die zum Gelingen dessen maßgeblich beitragen. Sie erinnert in diesem Zusammenhang an die Initiative babyfreundliches Krankenhaus, die zu verbesserten Rahmenbedingungen in den Geburtskliniken sorgte. Dieser positive Weg, auf den sich die Kliniken gemacht haben, soll beinhalten werden.

Abgeordnete Ihmels möchte von Herrn Eppmann wissen, ob die Apotheken der Klinikstandorte bereits einer Zertifizierung unterliegen.

Herr Eppmann erklärt, dass noch nicht alle Bereiche der Kliniken zertifiziert worden seien, dieses jedoch auf dem Weg zur Zentralklinik angegangen werden muss.

Abgeordnete Ihmels möchte weiter wissen, ob es hierfür schon einen Zeitplan gibt.

Herr Eppmann stellt klar, dass dieses im Grunde ein Thema für den Aufsichtsrat sei, was jetzt angegangen wird, er den Entscheidungen jedoch nicht vorweggreifen kann. Eine Zertifizierung wird für das Jahr 2026, spätestens für das Jahr 2027 angestrebt. Im Bereich der hauseigenen Apotheken sind jedoch nicht die größten Stellschrauben zu sehen, da diese prozessbedingt schon hervorragend optimiert seien.

Abgeordneter Krüger erkundigt sich, ob es aufgrund von gestörten Lieferketten Probleme in den einzelnen Prozessen der Kliniken gibt.

Herr Eppmann berichtet von einem wichtigen Dialysemittel, welches zurzeit einem Engpass in der Lieferung unterliegt. Hier erfolgt übergeordnet eine Zuteilung an die verschiedenen Besteller, da es nur einen Anbieter gebe.

Angeordnete van Gerpen erklärt, dass der Klinikstandort Norden ein Problem mit einer möglichen Zertifizierung habe, da die Anzahl an entsprechenden Leistungen nicht erbracht werden kann.

Herr Eppmann stellt klar, dass der Standort Norden auch in Zukunft benötigt und mit einem passgenauen Leistungsprofil ausgestattet wird. Prozesse können dann vom Grundprinzip her auf den Standort übertragen werden und müssten nicht neu entwickelt werden, sofern sie bereits an einem anderen Standort zertifiziert wurden.

Abgeordneter Wimberg schlägt vor, den Bereich der Verwaltung der Kliniken zu zertifizieren.

Herr Eppmann verweist auf seine vorangegangene Aussage, dass die Priorisierung Entscheidung des Aufsichtsrates sei.

Frau Kleinert bedankt sich bei Herrn Eppmann für die Vorstellung der Zertifizierungen und Beantwortung der Fragen.

TOP 8 **Bericht zur Standortentwicklung der Krankenhäuser**

Die Vorsitzende leitet zum nächsten Tagesordnungspunkt über. Sie gibt das Wort erneut an **Herrn Eppmann**.

Herr Eppmann gibt anhand einer Präsentation einen Bericht zur Standortentwicklung der Krankenhäuser (Anlage 2, 2. Foliensatz). Er erläutert, dass der Klinikverbund der UEK im Rahmen seiner Versorgungsstruktur als Maximalversorger auftritt. Der Gesetzgeber sieht vor, dass in den verschiedenen Leistungsbereichen Mindestmengen erreicht werden müssen, die jedoch nicht standortübergreifend berücksichtigt werden. Daher gilt es, Doppelstrukturen in der Angebotsstruktur zu vermeiden. Nur so kann eine Maximalversorgung dauerhaft sichergestellt werden. Die Alternative wäre gar kein Angebot. Herr Eppmann verdeutlicht, dass sich die gesetzlichen Regelungen zu Leistungszahlen explizit gegen kleine Klinikstandorte mit geringen Leistungszahlen richten. Eine Konsolidierung der Defizite kann nur erfolgen, wenn Leistungsangebote zukünftig standardisiert werden. Es gelte das Grundprinzip, dass das „Geld“ der „Leistung“ folge. Herr Eppmann geht in diesem Zusammenhang noch einmal auf die Fragestellung des **Abgeordneten Krüger** aus dem Tagesordnungspunkt 7 ein. **Abgeordneter Krüger** erkundigte sich nach möglichen Auswirkungen der gestörten Lieferketten auf die Bewirtschaftung der Kliniken. Herr Eppmann erklärt, dass dieser Umstand ihm große Sorgen bereitet. Die Aufwendungen für die Energiebeschaffung der Klinikstandorte um 1,8 Mio. € gegenüber dem prognostizierten Ansatz erhöhen. Für diese Mehraufwendungen ist zum jetzigen Zeitpunkt kein Ausgleich seitens des Gesetzgebers vorgesehen. Eine Forderung der Deutschen Krankenhausgesellschaft zur Leistung eines Inflations- und Energiekostenzuschlages wurde seitens des Bundesgesundheitsministers abgelehnt.

Frau Kleinert bedankt bei Herrn Eppmann für den Bericht und übergibt das Wort an **Abgeordnete Ihmels**.

Abgeordnete Ihmels erkundigt sich, ob unter den verschiedenen Klinikbetreibern in der Region eine Abstimmung über das Leistungsangebot stattfindet oder ob es hierzu entsprechende Ansätze zur Entwicklung gibt.

Herr Eppmann berichtet, dass es im Verbund der drei Klinikstandorte und auch für die zukünftige Zentralklinik die klare Vorstellung gibt, auch zukünftig als Maximalversorger aufzutreten. Dennoch steht man in einem Wettbewerbsmarkt zu anderen Klinikstandorten. Als Beispiel nennt Herr Eppmann den Bereich der Thorax-Chirurgie, welche bereits jetzt im Hinblick auf das Zentralklinikum in Georgsheil aufgebaut wird.

Abgeordneter Wimberg sorgt sich darum, dass man bereits jetzt Patienten an andere Kliniken verlieren würde, was schlussendlich dazu führt, dass Mindestzahlen für



Leistungen nicht mehr erreicht werden und dieses Leistungsangebot dann auch für die neue Zentralklinik verloren sei.

Herr Eppmann berichtet, dass die Mindestzahlen pro Standort gelten und es kleinen Standorten bewusst schwergemacht wird, diese zu erreichen. Insbesondere aus diesem Grunde sei es wichtig, die Leistungsbereiche in der neuen Zentralklinik standortübergreifend zusammenzufassen. Darüber hinaus kämen neue Leistungsbereiche hinzu, die unter den aktuellen Standortbedingungen mangels Mindestzahlen zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorgehalten werden können. Es sei z.B. der Klinikstandort Norden für die Stadt Wilhelmshaven Kernversorger im Bereich der Wirbelsäulenchirurgie. Dieser Umstand verdeutlicht, dass die örtliche Versorgungsstruktur von den PatientInnen verlangt, eine gewisse Fahrtstrecke für eine hochwertige medizinische Fachversorgung in Kauf zu nehmen.

Abgeordnete van Gerpen berichtet, dass es in Deutschland grundsätzlich eine sehr hohe Anzahl an stationären Behandlungen gebe. Diese sei z.B. im Nachbarland Dänemark deutlich geringer.

Sie erkundigt sich, inwieweit MedizinerInnen dahingehend fortgebildet werden, Leistungen ambulant anzubieten.

Herr Eppmann stellt fest, dass Dänemark andere Versorgungsvoraussetzungen als Deutschland habe, dem ein anderes Finanzierungssystem zu Grunde liege. So werden dort mehr Leistungen minimalinvasiv durchgeführt. In Deutschland befinde man sich jedoch in einem Umbruch, hin zu einer weiteren Ambulantisierung.

Herr Goldenstein ergänzt, dass die von Frau van Gerpen angeregte Schulung der MedizinerInnen zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu einer Änderung im Behandlungssystem führen würde. Zum jetzigen Zeitpunkt können einige klinische Leistungen nur stationär abgerechnet werden. Der von Herrn Eppmann angesprochene Umbruch im Abrechnungssystem wird jedoch dazu führen, dass ehemalige, stationäre Leistungen dann nur noch und ausschließlich ambulant abrechnet werden können.

Abgeordneter Behrends erkundigt sich, ob nach Betriebsaufnahme der Zentralklinik weiterhin mit einem Defizit zu rechnen sei oder ob die Klinik ohne Zuschüsse auskäme.

Herr Eppmann erklärt, dass man beim Betrieb der Zentralklinik in einen mutmaßlichen Zeitraum von zweieinhalb Jahren mit Anlaufschwierigkeiten rechnen muss. Danach seien jedoch schwarze Zahlen zu erwarten. Die derzeitigen Planungen im Wirtschaftlichkeitsgutachten wurde konservativ und unter entsprechender Vorsicht geplant.

Erster Kreisrat Dr. Puchert ergänzt, dass zwei extern beauftragte Gutachter im Rahmen ihrer Wirtschaftlichkeitsberechnung zu dem Ergebnis gekommen seien, dass mit einer Rentabilität des Klinikbetriebes zu rechnen sei.

Abgeordneter Meyerholz erkundigt sich, wie man die Akzeptanz des weiteren Vorgehens in der Bevölkerung zu den bisherigen Klinikstandorten bis hin zum Aufbau der Zentralklinik erreichen möchte.

Herr Eppmann berichtet, dass es verschiedene Ansätze gibt, die jedoch konkret im Aufsichtsrat beschlossen werden müssen. Grundsätzlich gilt es, weiterhin eine hohe Transparenz im Vorgehen und eine gute Kommunikation auf allen Ebenen zu wahren.



Im Hinblick auf den Klinikstandort Norden sei zu verdeutlichen, dass dieser weiterhin für die zukünftige Versorgung benötigt wird.

Abgeordnete Albers gibt zu bedenken, dass die Klinikstandorte seit über Jahren Defizite aufweisen und bereits die Inhalte der Bredehorst-Gutachten zur Sanierung beitragen sollten. Konkret möchte sie von Herrn Eppmann wissen, was ihn positiv stimmt, dass dieses nunmehr gelingt.

Herr Eppmann verweist auf seine Aussage, dass kleinere Kinikstandorte vom Gesetzgeber gewollt zukünftig mehr und mehr unter Druck geraten sollen. Die MitarbeiterInnen der einzelnen Standorte konnte sich durch den langen Prozess zur Vorbereitung auf die Zentralklinik auf entsprechende Veränderungen einstellen. Erschwerend zeigte die Corona-Pandemie, wie einzelnen Standorte unter dem Fachkräftemangel und einer hohen Arbeitsbelastung leiden. Hier gilt es jedoch noch dicke Bretter zu bohren. Eine kurzfristige Entlastung des Personals sei demnach nicht erreichbar.

Abgeordneter Gerdes ergänzt, dass durchaus mit schweren Einschnitten für die einzelnen Standorte zu rechnen sei. Deshalb sei es umso wichtiger, die einzelnen Bereiche auf die Zentralklinik vorzubereiten. Er richtet einen Appell an den Kreistag und Stadtrat, sich mit den anstehenden Notwendigkeiten zu beschäftigen und die damit verbundenen und richtungsweisenden Entscheidungen geschlossen mitzutragen.

Herr Eppmann vergleicht den anstehenden Umbruch anhand des Beispiels des Volkswagenwerks in Emden. Der Umbruch vom Verbrennungsmotor bis hin zur Produktion von E-Automobilen geschieht ungewöhnlich leise. Dieser Umstand verdeutlicht, dass nicht jeder Umbruch durch die Öffentlichkeit zerrissen werden muss, sondern ein Blick in andere Branchen auch positive Erfolge aufzeigen kann.

Abgeordneter Behrends glaubt nicht daran, dass die politischen Vertreter an den bisher getroffenen Entscheidungen zweifeln werden und diese in Frage stellen.

Abgeordnete van Gerpen appelliert, dass die Ratsmitglieder in den Kreisangehörigen Städten und Gemeinden ein noch besseres Informationsniveau benötigen, um mit den Bürgerinnen und Bürgern in einen sachlichen Austausch gehen zu können.

Ausschussvorsitzende Kleinert bedankt sich bei Herrn Eppmann für die ausführlichen Antworten.

TOP 9 **Verschiedenes, Wünsche und Anregungen**

Ausschussvorsitzende Kleinert übergibt das Wort an **Herrn Epple**, UEK Planungsgesellschaft, der einen kurzen, mündlichen Sachstandsbericht zum Projekt „Masterplan Gesundes Ostfriesland“ abgibt.

Herr Epple berichtet, dass Ende September ein großes Treffen ausgewählter Gesundheitsakteure des Landkreises Aurich und der Stadt Emden stattfindet, um gemeinsame Ziele zu erarbeiten. In dem darauffolgenden Gesundheits- und Pflegeausschuss soll dann über den Sachstand berichtet werden.

Abgeordnete Albers möchte wissen, wer zu dem von ihm genannten Treffen eingeladen wird und ob die Politik ebenfalls bei dem Treffen Berücksichtigung findet?

Herr Epple berichtet von maximal 50 TeilnehmerInnen aus dem Gesundheits- und Pflegesektor, wie z.B. der KVN, den Ärzten des Ärztevereins usw.! Die Zusammenstellung erfolgte durch das Projektteam, bestehend aus Akteuren der Kreis- und Stadtverwaltung Aurich und Emden. Die Politik wird im Nachgang an die Veranstaltung im Gesundheits- und Pflegeausschuss informiert, so Herr Epple.

Ausschussvorsitzende Kleinert dankt Herrn Epple für den Sachstandsbericht zum Projekt „Masterplan Gesundes Ostfriesland“.

TOP 10 **Einwohnerfragestunde**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

TOP 11 **Schließung der Sitzung**

Die Vorsitzende schließt die Sitzung mit einem Dank an alle Anwesenden um 16:51 Uhr.

gez. Kleinert
Vorsitzende

gez. Willers
Protokollführer